EU-Kommission nach eigenen Angaben am Montag offiziell die Zulassung. In Deutschland hat aber die Ständige Impfkommission noch keine Empfehlung ausgesprochen. (dpa/axt)

Bund aufgefordert, künftig weder den Grundfreibetrag noch Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in die Berechnung des steuerfreien Anteils der Rente mit einzubeziehen. „Das werden wir uns

Geklagt gegen die Rentenbesteuerung hatten zwei Rentner. Für sie persönlich enden die Verfahren paradox: Die Kläger haben zwar einen Erfolg für künftige Rentner

CN v. 1.6.21

China lockert Familienpolitik

Sinkende Geburtenrate: Nun sind bis zu drei Kinder pro Familie erlaubt

PEKING. China lockert seine umstrittene Familienpolitik und erlaubt Paaren künftig auch drei Kinder. Wegen des unerwartet starken Geburtenrückgangs und der schnellen Überalterung der Gesellschaft beschloss das Politbüro der Kommunistischen Partei am Montag eine „Optimierung der Geburtenpolitik".

Die Wende soll helfen, die Bevölkerungsstruktur zu verbessern und „aktiv" auf die Überalterung zu reagieren, wie die Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Experten zeigten sich skeptisch, ob die Drei-Kind-Politik erfolgreich wird.

Der Beschluss fiel nur drei Wochen nach der Veröffentlichung der jüngsten Volkszählung. So droht die 1,4 Milliarden zählende chinesische Bevölkerung in wenigen Jahren zu schrumpfen. Als Gründe nannten Experten die seit 1979 geltende Ein-Kind-Politik, die erst 2015 aufgehoben und durch eine Zwei-Kind-Politik ersetzt worden ist, sowie die hohen Kosten für Wohnraum, Ausbildung und Gesundheit.

Auf der Sitzung des Politbüros unter Vorsitz von Staats- und Parteichef Xi Jinping wurden daher „unterstützende Maßnahmen" für die Drei-Kind-Politik angekündigt. So soll die Gesundheitsversorgung vor und nach Geburten verbessert und ein universelles System zur Kinderbetreuung entwickelt werden. Die Kosten der Familien für Ausbildung sollen reduziert werden. Auch sollen Erziehungsurlaub, Mutterschutz und Vorteile bei Steuer und Wohnraum ausgebaut sowie die Rechte und Interessen berufstätiger Frauen besser geschützt werden. (dpa/axt)